

Rede der Landtagsabgeordneten Sigrid Leuschner (SPD):

116. Plenarsitzung am 12. Oktober 2011 zu TOP 13:

„Der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus und Extremismus auch mit Prävention entgegenwirken“

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP – Drs. 16/3412

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport – Drs. 16/4060

Zweite Beratung

- es gilt das gesprochene Wort –

Anrede, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, in der ersten Beratung ihres Antrags am 17. März hat mein Kollege Klaus-Peter Bachmann darauf hingewiesen, dass wir natürlich die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ernst nehmen. Dies ist angesichts des zehnten Jahrestags des 11. Septembers doch selbstverständlich.

Wir verurteilen das Attentat von Frankfurt und andere Anschläge islamistischer Terroristen.

Der Attentäter von Frankfurt ist aber nicht im Vorfeld erkannt worden. Er war vorher total unauffällig und hatte keine Kontakte zu islamistischen Organisationen.

Anrede, wir begrüßen, dass die Fraktion der CDU jetzt auch nicht mehr die Auffassung vertritt, dem islamistischen Terrorismus und Extremismus ausschließlich durch eine „Law and Order“ Politik entgegenwirken zu können!

Zumindest erwähnen Sie in Ihrem Ursprungsantrag mehrfach den Begriff Prävention.

Die SPD-Landtagsfraktion hat Ihnen, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, immer gesagt, dass es notwendig sei, der Bedrohung durch Prävention zu begegnen.

Haben bei Ihnen oder bei der Landesregierung unsere Forderungen oder die Forderungen renommierter Sozial- und Politikwissenschaftler Wirkung erzielt?

Wir haben bezüglich ihres Antrags Bedenken geäußert und z. B. die Frage gestellt, was die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen unternehmen wollen, um zu vermeiden, dass mit der Behandlung dieses Themas islamophobische Vorurteile und Ängste geschürt werden?

Sie wissen, dass es in der Bevölkerung laut neuester wissenschaftlicher Studien leider immer mehr Menschen gibt, die Muslimen mit Vorurteilen und Ängsten begegnen.

Die SPD – Landtagsfraktion hat auch zum Ausdruck gebracht, dass wir kein Denunziantentum fördern wollen und es nicht hinnehmen, dass Vorurteile gegenüber Menschen muslimischen Glaubens in unserer Gesellschaft verstärkt werden.

Deshalb, Anrede, haben wir mit unserem „Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie – Stellenwert der politischen Bildung wieder erhöhen!“ ein Handlungskonzept vorgelegt.

Sie, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen haben es abgelehnt !

In dem gemeinsamen Antrag sind unserer Meinung nach immer noch viele Aspekte ausgeblendet worden.

Anrede, wir haben ihnen in den Debatten aufgezeigt, dass eine Ausgrenzung von Menschen gesellschaftliche Ursachen hat.

Soziale Probleme können dazu führen, dass man überhaupt eine Bereitschaft zeigt, sich von Hasspredigern ansprechen und beeinflussen zu lassen.

Wir müssen hinschauen, welche Vorurteile in der „Mitte der Gesellschaft“ entstehen und sie sich dann zu einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ verfestigen.

Und diesen wissenschaftlich belegten Ansatz haben Sie sich, meine Damen und Herren von der CDU und FDP, bisher immer entzogen!

Während der Beratung des Antrags im Fachausschuss habe ich die Frage gestellt, wie viele gewaltbereite Gefährder es in Niedersachsen aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus überhaupt gibt?

Die Angaben von Innenminister Schünemann schwankten zwischen 10 und 100.

Diesen Widerspruch haben Sie bis heute nicht abschließend klären können, oder wollen.

Während der Ausschussberatungen habe ich auch den dritten Punkt ihres Antrages kritisiert. Darin bitten Sie die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, die Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen zu intensivieren, um Radikalisierung frühzeitig erkennen zu können.

Anrede, es kann doch nicht die Aufgabe von muslimischen Organisationen wie Schura und DITIB sein, ihre Mitglieder zu kontrollieren. Ich habe wiederholt auf die Gefahr einer Diffamierung und Ausgrenzung von Menschen muslimischen Glaubens hingewiesen.

Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion auch darauf gedrungen, in unserem gemeinsamen Änderungsantrag die Formulierung:

„Dabei muss jede Möglichkeit einer öffentlichen Stigmatisierung von muslimischen Einrichtungen und Organisationen oder deren Repräsentanten vermieden werden. Eine Stigmatisierung von Menschen muslimischen Glaubens ist kontraproduktiv und steht im Gegensatz zu einer gelungenen Integration und Partizipation“ aufzunehmen.

Wir haben in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, dass es problematisch ist, Radikalisierungsgefahren ausschließlich an der Religionszugehörigkeit von Menschen festzumachen.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, wir haben Ihnen auch die Frage gestellt, welche Wirkung würde ein Herantreten der Landesregierung an die katholischen oder evangelischen Gemeinden haben mit dem Anliegen, ihre Mitglieder nach rechtsextremistischem Gedankengut Einzelner zu befragen.

Könnte so ein Anliegen nicht absolut missverstanden werden?

Anrede, natürlich geht vom islamistischen internationalen Terrorismus eine Gefahr aus.

Aber, islamistischen Terroristen stehen rechtsextremistische oder christlich-fundamentalistische Attentäter, wie die Attentate von Oslo und Utöya gezeigt haben, in nichts nach.

Die schrecklichen Morde in Norwegen haben auch deutlich gemacht, dass der Attentäter Anders Breivik zur Vorbereitung und Rechtfertigung seiner Taten über Jahre auf ein breites Spektrum christlich-fundamentalistischer und rechtspopulistischer Veröffentlichungen ungehindert zugreifen konnte.

Deshalb warne ich nochmals davor, den Blick bei der Terrorismusvorbeugung ausschließlich auf Menschen muslimischen Glaubens zu verengen.

Fundamentalistische Ansichten gibt es nicht nur im Islam, sondern auch in anderen Religionen.

Anrede, in den letzten Wochen ist vor allem die islamfeindliche Internetplattform „Politically Incorrect“ in die öffentliche Diskussion gerückt worden.

Die Autorinnen und Autoren auf dieser Plattform kämpfen gegen die sogenannte „Islamisierung Europas“.

Und auch dagegen müssen wir endlich gemeinsam vorgehen!

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, sie reden zwar jetzt häufiger von Prävention und haben dies auch in den Antrag geschrieben, ich glaube aber, dass Sie in Wirklichkeit aber Früherkennung meinen.

Aus diesem Grund sind auf unsere Initiative hin jetzt in der Beschlussempfehlung des gemeinsamen Antrags beide Begriffe enthalten.

Meine Damen und Herren von der CDU und FDP, endlich erklären Sie ihre Bereitschaft, den Dialog mit den unterschiedlichen in unserem Land lebenden Menschen führen zu wollen. Dies findet natürlich unsere Zustimmung.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass dieser Dialog mit Respekt, auf gleicher Augenhöhe und ausgesprochen differenziert geführt werden muss.

Die Reduzierung auf einen Dialog zwischen den Religionen greift aus unserer Sicht einfach zu kurz.

Nicht alle Menschen, die Glaubensgemeinschaften angehören, praktizieren ihren Glauben auch aktiv im Alltag.

Darüber hinaus gehören viele Menschen bewusst keiner Glaubensgemeinschaft an. Sie würden also weiterhin ausgegrenzt werden.

Lassen sie mich noch einige Worte zu dem ihnen jetzt vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und SPD sagen.

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, wir halten nach wie vor viele Formulierungen des gemeinsamen Antrages für unkonkret.

Eine Frage ist z. B., wie ist die in der Begründung zu ihrem Ursprungsantrag aufgeführte „enge Zusammenarbeit... zwischen den Sicherheitsbehörden und anderen öffentlichen Einrichtungen auf kommunaler und Landesebene“, zu verstehen?

Wir beschließen die Begründung des Antrags zwar nicht mit, aber dennoch frage ich Sie: Ist Ihnen bekannt, dass es sich bei den von ihnen als Beispiele für eine enge Zusammenarbeit angeführten Organisationen, wie z. B. Schulen, Jugendämter und Einrichtungen der Jugendarbeit in freier Trägerschaft, um sehr sensible Bereiche in unserer Gesellschaft handelt?

Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, dass für Präventionspartnerschaften eine unabhängige Bildungseinrichtung wie die Landeszentrale für politische Bildung ein besserer Ansprechpartner wäre. Sie haben diese jedoch abgeschafft!

In Punkt 5 des Antrages wird die Forderung erhoben, dass die Sicherheitsbehörden die Kommunikation und die Bewachung der Terroristen mithilfe modernster technischer Mittel im Rahmen des geltenden Rechts überwachen können.

Auch dies ist aus der SPD-Landtagsfraktion nach wie vor sehr unkonkret und bedarf im Einzelfall gerade vor dem Hintergrund der aktuell bekannt gewordenen Fällen des Einsatzes von sog. „Trojanern“ in Niedersachsen einer genauen Konkretisierung und rechtlichen Überprüfung

Wir werden aber trotz unserer Kritik an einzelnen Punkten dieses Antrages ihm unsere Zustimmung erteilen.

Der Grund dafür ist, dass wir Sie in Ihrem Vorhaben einen Paradigmenwechsel vornehmen zu wollen, weg von dem „Law and Order“ Prinzip hin zu einer zumindest teilweise stärkeren Berücksichtigung präventiver Ansätze, unterstützen.

Das erkennen wir an, dennoch steht für uns außer Frage, dass wir ihnen trotz unserer Zustimmung für die Zukunft keinen generellen „Freibrief“ für die Umsetzung ausstellen werden.

Wir wollen über die konkreten Handlungsschritte regelmäßig im zuständigen Fachausschuss informiert werden und werden die Umsetzung des Antrags durch die Landesregierung auch weiterhin kritisch begleiten.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.